

Inhaltsverzeichnis

<i>Vorwort der Herausgeberin und des Herausgebers</i>	V
<i>Vorwort der Autorinnen und des Autors</i>	VII
<i>Abkürzungsverzeichnis</i>	XXIII

Teil 1

Einleitung

I. Konsequenzen der Untersuchungshaft für den Beschuldigten	1
II. Rechtswirklichkeit und kriminalpolitische Instrumentalisierung der Untersuchungshaft	3
III. Konsequenzen der Untersuchungshaft für die Verteidigung	5
IV. Überlegungen zur Mandatsübernahme	7
1. Besondere Anforderungen an Mandatsführung/Arbeitsbelastung . .	7
2. Besonderheiten bei nicht deutschsprachigen Ausländern	10
3. Weitere allgemeine Hinweise	13
4. Vergütungsfragen/Pflichtverteidigung	18
a) Vergütungsvereinbarung, gesetzliche Gebühren und Auslagen	18
b) Pflichtverteidigung	19

Teil 2

Der Kontakt zwischen Verteidiger und inhaftiertem Mandant

I. Rechtliche und tatsächliche Probleme bei der Kontaktaufnahme	21
1. Kontaktaufnahme bei bestehendem Mandatsverhältnis	22
2. Kontaktaufnahme zur Begründung eines Verteidigungs- verhältnisses	23
a) Kontaktaufnahme zum vorläufig Festgenommenen	23
aa) Kontaktaufnahme zum Beschuldigten auf dessen Wunsch	23
bb) Kontaktaufnahme zum Beschuldigten auf Veranlassung Dritter	29
cc) Der telefonische Erstkontakt mit polizeilichem Sachbear- beiter und Beschuldigtem	32
b) Kontaktaufnahme zum Untersuchungsgefangenen	34
aa) Kontaktaufnahme	34
bb) Anbahnungsgespräch	40

II. Beschränkungen des Verkehrs zwischen Verteidiger und Untersuchungsgefangenen	42
1. Besuchszeiten	42
2. Eingangskontrollen	45
3. Verteidigerbesuche	48
a) Überwachung	48
b) Mitnahme von Laptops, elektronischen Geräten und sonstigen Gegenständen	49
4. Schriftverkehr zwischen Verteidiger und Mandant	52
5. Übermittlung von Nachrichten und Informationen	57
6. Übergabe von Gegenständen	58
7. Telefongespräche	59
8. Besuche mit Hilfspersonen und Sachverständigen	61
9. Gemeinsame Besprechungen von mehreren Untersuchungsgefangenen mit ihren Verteidigern	62
10. Überwachung des mündlichen und schriftlichen Verkehrs von Rechtsanwälten und Notaren, Übergabe von Gegenständen	62
a) Besuchsüberwachung	62
b) Kontrolle des Schriftverkehrs	64
c) Übergabe von Schriftstücken und Gegenständen	64
11. Beschränkungen des Verkehrs zwischen Verteidiger und Beschuldigtem gem. § 148 Abs. 2	65

Teil 3

Verteidigung gegen (drohende) Inhaftierung

I. Verteidigung nach vorläufiger Festnahme	69
1. Voraussetzungen für die vorläufige Festnahme	69
a) Festnahme nach § 127 Abs. 1 StPO	69
b) Festnahme nach § 127 Abs. 2 StPO	70
c) Tatsächliche und rechtliche Voraussetzungen der vorläufigen Festnahme	71
d) Vorläufige Festnahme bei Bagatelldelikten	72
e) Belehrungspflichten bei vorläufiger Festnahme	73
f) Vorläufige Festnahme und Hauptverhandlungshaft nach § 127b StPO	79
aa) Entstehungsgeschichte	79
bb) Anwendungsbereich	80
cc) Voraussetzungen für die vorläufige Festnahme nach § 127b Abs. 1 StPO	83
(1) Voraussetzungen der Festnahme	83
(2) Überprüfung der Rechtmäßigkeit nach Aufhebung der Festnahme	83

dd) Weiterer Verfahrensgang	84
ee) Voraussetzungen für den Erlass eines Hauptverhandlungs- haftbefehls, § 127b Abs. 2 StPO	84
ff) Die Voraussetzungen im Einzelnen und Verteidigungsmög- lichkeiten	85
(1) Erwartung der Durchführung der Hauptverhandlung binnen einer Woche nach Festnahme	85
(a) Wochenfrist	85
(b) Fristberechnung	85
(c) Beurteilung durch den Festnehmenden	86
(d) Beurteilung durch den Richter	87
(2) Befürchtung des Fernbleibens von der Hauptver- handlung	88
(3) Verhältnismäßigkeitsgrundsatz	88
(a) Stellung einer Sicherheit nach § 127a StPO	89
(b) Strafbefehl	89
(4) Befristung des Haftbefehls	90
gg) Außervollzugsetzung	91
hh) Rechtsbehelfe	91
ii) Automatische Beendigung der Hauptverhandlungshaft mit Urteil	92
jj) Probleme der Verteidigung in Fällen der Hauptverhand- lungshaft	93
kk) Pflichtverteidigung	95
ll) Kritik an der Vorschrift	98
g) Verfahren nach vorläufiger Festnahme, Vorführungsfrist	100
h) Pflichtverteidigung	106
aa) Überblick/Kritik an der Neuregelung	106
bb) Kein Pflicht- neben Wahlverteidiger?	108
cc) Notwendige Verteidigung bei vorläufiger Festnahme, § 140 Abs. 1 Nr. 4, § 141 Abs. 2 Nr. 1	109
dd) Zeitpunkt der Beiordnung „unverzüglich“ und Ausnahmen	111
ee) Auswahl des Pflichtverteidigers	113
(1) Benennungsrecht durch den Beschuldigten § 142 Abs. 5	113
(2) Anhörungsfrist, § 142 Abs. 5 S. 1	114
(3) Absehen von der Bestellung des benannten Ver- teidigers aus wichtigem Grund	115
(4) Beiordnung nach Auswahl durch den Haftrichter	117
(5) Rechtsmittel sofortige Beschwerde	120
(6) Pflichtverteidigerwechsel, § 143a Abs. 2 Nr. 1	121

i) Rechtsbehelfe nach Freilassung	124
2. Verteidigungsmöglichkeiten zur Aufhebung der vorläufigen Festnahme	124
a) Allgemeine Vorbemerkungen	124
b) Kontakte zur Polizei	125
c) Kontakte zur Staatsanwaltschaft	127
3. Vorführung vor den Richter	129
a) Anwesenheitsrecht des Verteidigers	129
b) Belehrungen und Informationspflichten	129
aa) Information über Vorwurf/Akteneinsicht; Verteidigerkonsultation	130
bb) Verteidigerkonsultation	132
cc) Gang der Vorführungsverhandlung und Verteidigungsmöglichkeiten	132
4. Formelle Voraussetzungen für den Erlass des Haftbefehls	134
a) Zuständigkeit	134
b) Antragsersfordernis der Staatsanwaltschaft	135
c) Notwendiger Inhalt des Haftbefehls	135
aa) Personalien; strafrechtlicher Vorwurf	135
bb) Haftgründe	137
cc) Begründung	138
d) Haftbefehl während der Hauptverhandlung	139
e) Haftbefehl bei Antragsdelikten	139
5. Verkündung des Haftbefehls	140
a) Bekanntmachung an den Beschuldigten	140
b) Außervollzugsetzung	140
6. Verfahren nach Anordnung des Vollzuges der Untersuchungshaft	140
a) Belehrungen	140
b) Benachrichtigungspflichten bei Inhaftierung, §§ 114b Abs. 2 S. 4, 114c StPO	142
c) Information der JVA	143
II. Verteidigung bei Festnahme aufgrund eines erlassenen Haftbefehls ..	143
1. Vorbemerkung	143
2. Belehrungspflichten	144
3. Vorführung vor das zuständige Gericht	146
a) Vorführungsfrist	146
b) Belehrungen	146
c) Anhörung und Pflichtverteidigerbestellung	146
d) Verteidigungsmöglichkeiten	148
e) Belehrungen nach Aufrechterhaltung der Haft	149
4. Vorführung vor das nächste Amtsgericht	149

a) Subsidiarität der Vorführung nach § 115a StPO	149
b) Vorführungsfrist	150
c) Belehrungen, Anwesenheitsrechte	150
d) Pflichtverteidigerbeordnung	151
e) Akteneinsicht	151
f) Kompetenz des „nächsten“ Richters	152
g) Verteidigungsmöglichkeiten	153
III. Die Verteidigungsvorbereitung im Erstgespräch zwischen Verteidiger und inhaftiertem Beschuldigten	155
1. Erstgespräch nach vorläufiger Festnahme	155
2. Das erste Gespräch nach Anordnung der Untersuchungshaft	161
IV. Verteidigung gegen noch nicht vollstreckten Haftbefehl – „Selbststeller“	168

Teil 4

Voraussetzungen für Anordnung und Vollzug der Untersuchungshaft – Verteidigungsmöglichkeiten

I. Materielle Voraussetzungen für Erlass, Vollzug und Aufrechterhaltung eines Haftbefehls	176
II. Verteidigungsmöglichkeiten gegen dringenden Tatverdacht	178
1. Gesetzliche Voraussetzungen des dringenden Tatverdachts	178
2. Verteidigung gegen Sachverhaltsfeststellungen	182
a) Informationsbeschaffung	185
aa) Tatsächliche Angaben im Haftbefehl	187
bb) Akteneinsicht	190
cc) Informelle Gespräche	197
b) Verteidigungsmöglichkeiten nach Aktenlage	198
c) Verteidigungsmöglichkeiten aufgrund neuer Erkenntnisse	203
aa) Einlassung des Beschuldigten	203
bb) Neue Beweismittel und Beweisanträge	205
3. Verteidigung auf rechtlicher Ebene	212
a) Materieell-rechtliche Einwände	212
b) Verfahrenshindernisse	214
III. Verteidigungsmöglichkeiten bei fehlender Verhältnismäßigkeit	216
IV. Verteidigung gegen Haftgründe	222
1. Flucht (§ 112 Abs. 2 Nr. 1 StPO)	225
a) Unbekannter Aufenthalt	227
b) Bekannter Aufenthalt im Ausland	230
aa) Verlassen der Bundesrepublik	231
bb) Aufenthalt im Ausland	231

c)	Vorsätzliches Sich-Entziehen	233
2.	Fluchtgefahr (§ 112 Abs. 2 Nr. 2 StPO)	235
a)	Verteidigung gegen Annahme der Fluchtgefahr	235
aa)	Fluchtvorbereitungen	236
bb)	Soziale Bindungen	238
(1)	Familiäre und sonstige persönliche Bindungen	242
(2)	Wohnverhältnisse	243
(3)	Arbeits- und Berufssituation	244
(4)	Eigentums- und Vermögensverhältnisse	246
(5)	Sonstige Umstände	247
(6)	Ausländische Beschuldigte	251
(7)	Fluchtgefahr bei EU-Bürgern	257
cc)	Straferwartung	260
dd)	Haftvermeidung durch Strafbefehlsverfahren	270
ee)	Sonstige Verfahrensstörungen	273
b)	Außervollzugsetzungsmöglichkeiten bei Fluchtgefahr	275
aa)	Voraussetzungen	275
bb)	Verschonungsauflagen	278
(1)	Allgemeine Auflagen	278
(2)	Kaution	282
cc)	Haftverschonung bei Beschuldigten aus anderen EU-Mitgliedstaaten	292
3.	Verdunkelungsgefahr (§ 112 Abs. 2 Nr. 3 StPO)	299
a)	Allgemeine Voraussetzungen	299
b)	Verdunkelungshandlungen	300
aa)	Einwirkung auf sächliche Beweismittel	300
bb)	Einwirkung auf Mitbeschuldigte, Zeugen und Sachverständige	301
cc)	Anstiftung zu Verdunkelungshandlungen	302
c)	Tatsächliche Voraussetzungen für Verdunkelungsgefahr	302
d)	Verteidigungsmöglichkeiten	304
aa)	Verteidigung auf tatsächlicher und rechtlicher Ebene	304
bb)	Außervollzugsetzungsmöglichkeiten bei Verdunkelungsgefahr	308
4.	Haftgrund der Tatschwere (§ 112 Abs. 3 StPO)	309
a)	Verfassungskonforme restriktive Anwendung	309
b)	Umfang der Katalogtaten	311
5.	Wiederholungsgefahr (§ 112a StPO)	312
a)	Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung (§ 112a Abs. 1 Nr. 1 StPO)	313
aa)	Dringender Verdacht einer Katalogtat	313
bb)	Wiederholungsgefahr	314

cc) Haft als ultima ratio	314
b) Sonstige schwerwiegende Straftaten gegen die Rechtsordnung (§ 112a Abs. 1 Nr. 2 StPO)	316
aa) Dringender Verdacht einer Katalogtat	316
bb) Wiederholte/fortgesetzte Tatbegehung	318
cc) Straferwartung	319
dd) Wiederholungsgefahr	319
ee) Haft als ultima ratio	321
6. Apokryphe Haftgründe	323
a) Allgemeine Verteidigungsmöglichkeiten	323
b) Einzelne apokryphe Haftgründe	325
aa) Förderung der Geständnisbereitschaft	325
bb) Förderung der Kooperationsbereitschaft	328
cc) Erleichterung der Ermittlungen und Verfahrensverein- fachung	329
dd) Förderung der Therapie- und Behandlungsbereitschaft	330
ee) Krisenintervention und Spezialprävention	331
ff) Verfahrenssicherung, vorweggenommene Strafe und Akquisition finanzieller Mittel	332
gg) Druck der öffentlichen Meinung/Beeindruckung der Öffentlichkeit	333
hh) Konzessionen an die Ermittlungsbehörden	335
ii) Erleichterung ausländerrechtlicher Maßnahmen	335

Teil 5

Verteidigung bei Erlass oder Erweiterung eines Haftbefehls in atypischen Verfahrenssituationen

I. Verhaftung im Ermittlungsverfahren	337
II. Erweiterung des vollzogenen Haftbefehls im Rahmen des Ermittlungs- verfahrens	339
III. Verhaftung bei Anklageerhebung und Verfahrenseröffnung	341
IV. Verhaftung in der Hauptverhandlung	342
V. Verhaftung bei Urteilsverkündung	344
VI. Verhaftung im Rechtsmittelverfahren	345
VII. Überhaft	346

Teil 6

Haftprüfung, Haftbeschwerde und sonstige Haftanträge und Rechtsschutzmöglichkeiten

I. Allgemeine Vorbemerkungen	351
------------------------------	-----

II. Mündliche Haftprüfung (§ 117 Abs. 1 i.V.m. § 118 Abs. 1 StPO)	355
1. Vorbereitung des Haftprüfungsantrags	356
2. Der Haftprüfungsantrag	359
a) Zuständigkeit	359
b) Antragsform	361
c) Antragsbegründung	362
3. Vorbereitung des Haftprüfungstermins	364
4. Verteidigung im Haftprüfungstermin	366
III. Schriftliche Haftprüfung (§ 117 Abs. 1 StPO)	373
IV. Antrag auf Aufhebung oder Außervollzugsetzung des Haftbefehls	375
V. Haftbeschwerde	376
1. Zulässigkeit	376
2. Haftprüfung oder Haftbeschwerde	379
3. Beschwerdeverfahren	380
VI. Weitere Beschwerde (§ 310 Abs. 1 StPO)	384
VII. Verfassungsbeschwerde	388
VIII. Antrag der Staatsanwaltschaft auf Aufhebung des Haftbefehls (§ 120 Abs. 3 StPO)	391
IX. Haftprüfung, Haftbeschwerde und sonstige Haftanträge nach Anklage- erhebung	392
1. Zwischenverfahren	392
2. Hauptverhandlung	396
a) Anträge auf Aufhebung des Haftbefehls, Haftprüfung und Haft- beschwerde	396
b) Taktische Überlegungen	400
c) Haftanträge im Plädoyer	401
3. Haftprüfung, Haftbeschwerde und sonstige Haftanträge nach erst- instanzlichem Urteil	403
a) Berufungsverfahren	403
b) Revisionsverfahren	405
X. Nachträglicher Rechtsschutz	407

Teil 7

Zeitliche Begrenzung der Untersuchungshaft: Beschleunigungsgebot, OLG-Haftprüfung und Verhältnismäßigkeit

I. Beschleunigungsgrundsatz	412
1. Allgemeine Bedeutung	412
2. Beschleunigungsgrundsatz bei nicht vollzogenem Haftbefehl (Haftverschonung, Überhaft, Flucht)	417

II. Beschleunigungsgrundsatz bis zur Sechsmonatsprüfung	421
1. Allgemeine Vorbemerkungen	421
2. Beschleunigungsgebot im Ermittlungsverfahren	424
3. Beschleunigungsgebot im Zwischenverfahren und bei der Ter- minierung der Hauptverhandlung	426
4. Beschleunigungsgebot und Durchführung der Hauptverhandlung ..	428
5. Terminierung der Hauptverhandlung: Beschleunigungsgebot versus Gewährleistung einer effektiven Verteidigung	431
a) Die Auffassung der Rechtsprechung	431
b) Kritik und Lösungsmöglichkeiten	433
III. Beschleunigungsgrundsatz und OLG-Haftprüfung	435
1. Allgemeine Vorbemerkungen	435
2. Verteidigungsmöglichkeiten bei der OLG-Haftprüfung	438
a) Sechsmonatsfrist	438
b) Wichtige Gründe zur Verlängerung der Haft	447
aa) Besondere Schwierigkeiten der Ermittlungen	451
bb) Besonderer Umfang der Ermittlungen	453
cc) Andere wichtige Gründe	454
(1) Langfristige oder absehbare (und damit beeinflussbare) unzureichende Sach- und Personalausstattung der Justiz	455
(2) Nichtausschöpfung der vorhandenen Gerichtsausstat- tung durch geeignete organisatorische Maßnahmen ...	456
(3) Nichtausschöpfung von Beschleunigungs- möglichkeiten	456
(4) Nichtförderung des Verfahrens durch Untätigkeit oder Vornahme von einer Verfahrensförderung nicht dienen- den Handlungen	457
(5) Verfahrensverzögerung durch prozessuales Fehl- verhalten	459
3. Anhörung des Beschuldigten und der Verteidigung	464
4. Weiteres Verfahren	466
5. Verfassungsgerichtliche Überprüfung der OLG-Entscheidung ...	468
IV. Beschleunigungsgrundsatz und Verhältnismäßigkeit nach erstinstanzli- chem Urteil	469
1. Beschleunigungsgrundsatz ab Verkündung eines erstinstanzlichen Urteils	470
2. Verhältnismäßigkeit der Untersuchungshaft nach erstinstanzlichem Urteil	474
V. Zeitliche Begrenzung bei Wiederholungsgefahr (§ 122a StPO)	477

Teil 8

Beendigung der Untersuchungshaft bei Verfahrensbeendigung

I. Aufhebung des Haftbefehls bei Freispruch, Nichteröffnung und Verfahrenseinstellung	478
II. Folgen der Beendigung der Untersuchungshaft	480
III. Beendigung der Untersuchungshaft bei rechtskräftiger Verurteilung ..	481

Teil 9

Haftbedingungen

I. Die Bedeutung der Haftbedingungen für den Gefangenen und den Verteidiger	488
II. Begriffsbestimmung: Haftzweck, Anstaltssicherheit und -ordnung, Verhältnismäßigkeit	491
1. Allgemeines	491
2. Haftzweck (Flucht-, Verdunkelungs- und Wiederholungsgefahr) ..	492
3. Sicherheit und Ordnung der Justizvollzugsanstalt	495
4. Verhältnismäßigkeitsgrundsatz	496
III. Rechtsgrundlagen der Haftbedingungen	497
1. Regelungen in der StPO und den Ländergesetzen	497
2. Regelungen in der StPO	498
3. Regelungen in den Ländergesetzen	499
4. Europäische Vorgaben für den Vollzug von U-Haft	501
IV. Zuständigkeit für die Anordnung von Beschränkungen; Rechtsbehelfe	504
1. Anordnungskompetenz des Haftgerichts; Rechtsbehelfe	505
a) Rechtsgrundlage	505
b) Rechtsbehelfe	505
2. Übertragungen der Kompetenz des Haftgerichts; Rechtsbehelfe ..	506
a) Übertragung der Anordnungskompetenz auf das AG am Ort der JVA	506
b) Übertragung der Ausführungskompetenz auf die StA	507
3. Kompetenz der Anstalt zur Auferlegung von Beschränkungen ...	509
a) Grundsätze: Kompetenz nach Ländergesetzen aus Gründen der Anstaltssicherheit und -ordnung; Kompetenzübertragung nach § 119 Abs. 2 S. 2	509
b) Rechtsschutzmöglichkeiten	512
V. Die Haftbedingungen im Einzelnen	513
1. Rechtsstellung des Untersuchungsgefangenen	513
2. Der Kontakt zur Außenwelt – insbesondere Beschränkungen nach § 119 StPO	514

a)	Vorbemerkung	514
b)	Auferlegung von Beschränkungen nach § 119 StPO	514
c)	Auferlegung von Beschränkungen nach Landesrecht	515
d)	Einzelne Beschränkungen	515
aa)	Besuche	515
(1)	Besucherlaubnis nach § 119 Abs. 1 S. 2 Nr. 1	515
(2)	Besuchsüberwachung nach § 119 Abs. 1 S. 2 Nr. 2 ...	520
(3)	Heimliche Besuchsüberwachung	523
(4)	Hinweise an den Mandanten	524
(5)	Durchsuchung von Besuchern nach Landesrecht	524
(6)	Besuchsdauer, Sonderbesuche nach Landesrecht	524
(7)	Besuchsüberwachung nach Landesrecht	527
(8)	Übergabe von Gegenständen bei Besuchen nach Landesrecht	527
(9)	Besuchsabbruch nach Landesrecht	528
(10)	Vorgaben des EGMR betreffend Besuchsbeschränkungen	529
(11)	Hinweise zu Besuchsregelungen durch den Verteidiger	529
bb)	Telefongespräche	529
(1)	Telefonerlaubnis	529
(2)	Telefonüberwachung	530
cc)	Schriftverkehr	532
(1)	Grundsätze der Kontrolle	534
(2)	Haftrichterliche Überwachung nach § 119 Abs. 1 Nr. 2; Kompetenzübertragung	536
(3)	Überwachung nach Landesrecht	539
(4)	Zuständigkeiten, Verfahren bei Beanstandung	543
(5)	Briefgeheimnis; Verwertungsverbot; Beschlagnahme als Beweismittel	545
dd)	Paketempfang	546
(1)	Beschränkungen nach § 119 Abs. 1 S. 2 Nr. 2	547
(2)	Beschränkungen nach Landesrecht; Nahrungsmittelpakete	547
ee)	Ausführungen nach Landesrecht	549
3.	Aufnahme in die Anstalt	550
a)	Zuständige Justizvollzugsanstalt	550
b)	Verfahren nach Aufnahme in die Anstalt	552
aa)	Durchsuchung nach Aufnahme in die Anstalt	552
bb)	Erkennungsdienstliche Behandlung	553
cc)	Aufnahmegespräch	554
dd)	Soziale Hilfe	555

4. Das Leben in der JVA	556
a) Arbeit in der Justizvollzugsanstalt	556
b) Ausstattung des Haftraums	559
c) Disziplinarmaßnahmen	560
aa) Tatbestände	560
bb) Disziplinarmaßnahmen	561
cc) Zuständigkeit für die Anordnung	563
dd) Verfahren	564
d) Drogenkonsum	565
e) Durchsuchungen	567
f) Ernährung/Anstaltseinkauf	569
g) Fesselung	572
h) Freizeit, Sport	574
i) Illegale Kommunikation	576
j) Kleidung	577
k) Medizinische Betreuung	579
l) Persönlicher Gewahrsam	583
m) Radio, Fernseher	585
n) Religionsausübung	587
o) Spielekonsolen/CD-Player/Laptop/Computer etc.	588
p) Taschengeld/Sozialhilfe	592
q) Trennungsgrundsatz, Unterbringung	593
aa) Trennung von Gefangenen anderer Haftarten	593
bb) Trennung von anderen Untersuchungsgefangenen	594
r) Zeitungen und Zeitschriften	596
s) Zellengröße	596
5. Übermittlung von Erkenntnissen an Gericht und Staatsanwaltschaft	598

Teil 10

Verteidigung bei Nichtverhaftung, Aufhebung oder Außervollzugsetzung des Haftbefehls

I. Allgemeine Vorbemerkungen	600
II. Ablehnung des Haftbefehlsantrags	600
1. Rechtsbehelfe der Staatsanwaltschaft und anderer Verfahrensbeteiligter	600
2. Verteidigung bei drohender Beschwerde	601
III. Verteidigung nach Aufhebung des Haftbefehls	603
1. Rechtsbehelfe der Staatsanwaltschaft und anderer Verfahrensbeteiligter	603
2. Beschwerdeverfahren	603

3.	Erlass eines neuen Haftbefehls	605
	a) Wegfall des dringenden Tatverdachts	606
	b) Wegfall der Voraussetzungen der Untersuchungshaft	607
	c) Fehlen wichtiger Gründe der Untersuchungshaft	607
	d) Mangelnde Voraussetzungen der Untersuchungshaft	608
	e) Aufhebung des Haftbefehls auf Antrag der Staatsanwaltschaft	608
	f) Erlass eines neuen Haftbefehls	609
4.	Verteidigungsmöglichkeiten	609
IV.	Verteidigung nach Außervollzugsetzung des Haftbefehls	609
	1. Rechtsbehelfe der Staatsanwaltschaft und anderer Verfahrens- beteiligter	609
	2. Wiederverhaftung	610
	a) Widerrufsgründe und Widerrufsverfahren	610
	b) Präventive Verteidigungsaktivitäten	616
	c) Verteidigung nach Widerruf	616
	d) Wiederverhaftung auf Grund eines neuen Haftbefehls	618
	3. Änderung von Verschonungsauflagen	618
	4. Haftverschonung nach rechtskräftigem Verfahrensabschluss	619
	5. Aufhebung des Haftbefehls nach längerer Haftverschonung	620
	6. Aufhebung der Verschonungsauflagen nach Aufhebung des Haft- befehls	620

Teil 11

Auswirkungen der Untersuchungshaft auf Verfahrenseinstellung, Urteil und Strafvollstreckung/Haftentschädigung

I.	Untersuchungshaft und Verfahrenseinstellung	622
	1. Einstellung nach §§ 153, 153a StPO	622
	2. Einstellung nach § 154 StPO	623
	3. Einstellung nach § 205 StPO	624
	4. Übergang ins Strafbefehlsverfahren	624
II.	Auswirkungen der Untersuchungshaft auf den Rechtsfolgen- ausspruch	624
III.	Auswirkungen der Untersuchungshaft auf die Strafvollstreckung	629
	1. Anrechnung erlittener Haft auf die Strafe, § 51 Abs. 1 S. 1 StGB	629
	a) Andere Freiheitsentziehungen	630
	aa) Inländische Freiheitsentziehungen	630
	bb) Ausländische Freiheitsentziehungen	631
	b) Freiheitsentziehung „aus Anlass der Tat“	638

c) Nichtanrechnung erlittener Untersuchungshaft nach § 51 Abs. 1 S. 2 StGB	641
2. Anträge auf Reststrafaussetzung	643
3. Haftverschonung	644
IV. Haftentschädigung und Schadensersatz	644
1. Entschädigungsansprüche nach dem StrEG	644
a) Verteidigung im Hinblick auf spätere Haftentschädigung	645
b) Verteidigungstätigkeit im Entschädigungsverfahren	647
c) Verteidiger- und Anwaltsgebühren für Entschädigungsverfahren	648
2. Schadensersatz wegen amtspflichtwidriger Inhaftierung (§ 839 BGB, Art. 34 GG)	649
3. Wirksamste Waffe: Schadensersatzanspruch wegen konventionswidriger Inhaftierung (Art. 5 Abs. 5 EMRK)	650
a) Allgemeines	650
b) Voraussetzungen	652
c) Anspruchsumfang	653

Teil 12

Anhang Anlagen und Muster für Verteidigungsanträge bzw. sonstige Erklärungen

Übersicht	656
<i>Literaturverzeichnis (Auswahl)</i>	683
<i>Stichwortverzeichnis</i>	705